



Trump, Putin, Erdogan in Syrien: Kann das gutgehen?

Von KEWIL | US-Präsident Trump hat vor Weihnachten angekündigt, das amerikanische Militär aus Syrien abzuziehen, was teilweise wütende und irrationale Reaktionen in der gleichgeschalteten deutschen Presse hervorrief. Ganz überraschend war Trumps Ankündigung aber nicht, hatte er doch schon in seinem Wahlkampf einen Rückzug aus Nahost avisiert. Wie weiter?

Zunächst ist Trump eindeutig ein Präsident, der eine Entscheidung schnell umwirft. Vermelden irgendwelche dubiosen „Rebellen“ einen „Giftgasangriff“ und ein „Weißhelm“ trägt ein staubiges Kleinkind zu den gekauften Reportern und das Foto geht um die Welt auch zu Trumps naiver Tochter Ivanka, dann schickt der Präsident auf die Schnelle wieder ein paar Bomber, und der Abzug steht in den Sternen. Behandeln wir darum lieber die Chancen.

Es ist unzweifelhaft nur von Vorteil, wenn Syrien wieder von einer Hand regiert wird. Was versprechen sich denn unsere wirren Schönschreiber von einer „Demokratie“ in Damaskus, wo im Inneren bewaffnete „Rebellen“ nisten, im Süden immer wieder israelische Raketen einschlagen, die Grenze zum Libanon durch die Hisbollah verwässert wird, im Norden Erdogan die türkische Grenze mit Panzern verschiebt und durch gezielte Umvolkung sunnitische syrische Flüchtlinge in Kurdengebiete einschleust, während im Nordosten der Islamische Staat (IS) immer noch

nicht besiegt ist.

Jedem, der noch einigermaßen bei Verstand ist, kann es doch nur recht sein, wenn Assad mit russischer Hilfe die Herrschaft über Syrien in seinen Grenzen vor 2010 zurück gewinnt, klarere Verhältnisse herrschen und ein kaputter Staat wenigstens teilweise repariert wird.

Ein großes Problem haben unzweifelhaft zwischen den Fronten die Kurden, die Merkel-Freund Erdogan gerne auslöschen würde. Am besten, sie stellen sich jetzt unter Assads Schutz, und die Russen unterstützen diese Richtung. Entsprechende Anfragen sind bereits gelaufen.

Freuen wir uns also auf den Abzug der Amerikaner, die im Irak und Afghanistan genügend Zerstörung angerichtet haben und ja die Knochensäuger in Saudi-Arabien noch beschützen müssen. Und auch die Bilanz von Briten und Franzosen in Libyen spricht nicht für deren Einmischung in Syrien. Die Schrottflieger der Bundeswehr bleiben eh am Boden.

Schlechter als bisher kann es dort unten, falls die USA tatsächlich abziehen, nicht laufen, ganz im Gegenteil. Vielleicht kann sogar der Flüchtlingsstrom endlich in Teilen gebremst werden. Und ja, vielleicht bremst das auch die vorhandenen Pläne für einen ‚Regime Change‘ im Iran, dem einzigen noch funktionierenden Staat zwischen Marokko und Indien. Wir hätten sicher nichts davon – außer noch mehr Flüchtlinge!



Pforzheim: „Nazi-Wahn“ bis zum allerletzten Ton!

Von PI-KARLSRUHE-NORDBADEN | Am Sonntag, 26. Mai nächsten Jahres finden in Baden-Württemberg die Kommunalwahlen statt. Dann werden vorwiegend die Gremien der Gemeinde- und Ortschaftsräte neu besetzt und auch die AfD darf sich hervorragende Chancen ausrechnen, ihren Einzug in die schwäbischen und badischen Rathäuser zu halten. Manch einem linken Gutmensch und Deutschlandhasser geht da natürlich bereits jetzt schon die Düse. Eine davon ist Maria Ochs, Leiterin des Pforzheimer Kulturhauses Osterfeld – einer selbsternannten „kulturellen“ Einrichtung, die sich fragwürdigem linken Treiben alles andere als abgeneigt präsentiert. Nach Meinung dieser Dame ist das komplett verwahrloste, überfremdete und links-geisteskranke Pforzheim viel zu braun. Wie die Pforzheimer Zeitung vom Samstag berichtet, sagte Ochs: „Die hohe Zahl der AfD-Wähler hat unsere Stadt in die negativen Schlagzeilen gebracht.“

Ob es vielleicht doch nicht viel eher an den allwöchentlichen Massenschlägereien, brutalen Gewaltverbrechen und Übergriffen auf wehrlose Frauen durch muslimische „Goldstücke“ liegen könnte? Eine Deutschlandfeindin wie Frau Ochs genießt und schweigt und schießt sich jetzt schon auf die AfD ein, die in Pforzheim bislang bei jeder Wahl beachtliche bis akzentsetzende Ergebnisse (40 Prozent in vereinzelt Stadtteilen!) einfahren konnte. Unter dem schlichtweg blödsinnigen Leitspruch „Die Welt ist aus den Fugen – Lasst uns gemeinsam laut werden!“ hat Ochs für Mittwoch, 12. Februar 2019, ein Konzert unter dem Titel „Let´s get loud – Pforzheimer MusikerInnen gegen Rechts“ angesetzt, das abends im Kulturhaus Osterfeld stattfinden soll. Wenn man schon keine Träne für die deutschen Opfer übrig hat, dann wenigstens für die ausländischen Gewalttäter. Ochs sieht das natürlich

anders: „Rassistische und menschenverachtende Äußerungen werden salonfähig und Menschenrechte werden angezweifelt. Es ist kaum zu ertragen, wie rasant das geschieht. Dem wollen wir uns entgegenstellen.“

Ziel des Konzertes ist es, neo-kommunistische wie menschenfeindliche Bands und Solisten aus der Region Pforzheim-Enzkreis auf der Bühne zum gemeinsamen AfD-Bashing zu versammeln. Allzu viel Wahrheit tut dem kranken linken Gemüt wohl nicht besonders gut. Zugesagt haben bereits jetzt schon: Dieter Huthmacher, angeblicher Kabarettist und bereits seit den Siebzigern ein erklärter wie stolzer „Nazi-Gegner“ – man fragt sich immer nur, gegen welche Rechten eigentlich? Die damalige CDU? Mit dabei auch Jazztrompeter Sebastian Studnitzky („Dass Pforzheim als braunes Nest gilt finde ich total bedrückend!“), sowie Peter Freudenthaler, die verbliebene Hälfte des Neunziger-Jahre One Hit Wonders „Fool´s Garden“. Außerdem gerne mit dabei: Die Band No Bacon, Roadsong-Frontmann Harry Klenk und Transen-Entertainer Luis Vicario. Die Pforzheimer Pfarrerin Christiane Quincke und Christa Mann vom städtischen Asyl-Forum fanden ebenfalls schon salbungsvolle Worte für das Event, das sich gegen die Menschen richtet, die Deutschland und seine Zukunft retten wollen: „Wir werden alles dafür tun, damit die Rechten nicht noch mehr Einfluss auf die politischen Entscheidungen bekommen“, so die beide Mitglieder der „Initiative gegen Rechts Pforzheim“, die man sich mit ins Boot geholt hat.

Dabei ist Pforzheim wohl das allerbeste Beispiel dafür, wohin eine jahrzehntelange, komplette verquere Linkspolitik führt: Ins Nichts, ins Abseits und ins absolute Ende! Der Schritt von der Stadt zum Ghetto ist hier längst vollzogen! Nicht wenige, die Pforzheim bereits jetzt schon für unregierbar halten. Der Ausländeranteil liegt zwischen 60 und 70 Prozent. Vereinzelt Lehranstalten, wie etwa die Osterfeld-Realschule, rühmen sich regelrecht damit, dass 96 Prozent aller Kinder und Jugendlichen Migrationshintergrund haben. Das Stadtbild ist

gesäumt von sozialem Abschaum jeglicher Couleur, manche interpretieren das tatsächlich als „bunt“. Das Verhalten vieler Menschen ist pathologisch und gemütskrank, der Intelligenzpegel und das menschliche Niveau befinden sich im steilen Sinkflug. Ausländische Straftäter werden vor Gericht schon fast regelmäßig freigesprochen oder mit lachhaft niedrigen Auflagen versehen. Was in Pforzheim so alles hinter verschlossenen Türen passiert, dürfte vor allem für PI-NEWS-Leser durchaus interessant sein, aber nicht für Wegschauer wie Frau Ochs.

Pforzheim hat gerade mal 130.000 Einwohner, jedoch eine exorbitant hohe Rate an häuslicher Gewalt, Kindesmissbrauch, AIDS-Erkrankungen und einen florierenden Drogenhandel. In Sachen Arbeitslosigkeit ist die Stadt Spitzenreiter in Baden-Württemberg. Pforzheim ist ein Eldorado für lebenslange Berufshartzer, gescheiterte Existenzen, Systemverweigerer, Daseinshasser, Dritt- und Viertklassige und linke „Lebenskünstler“. Selbstredend, dass hier Muslime und „Flüchtlinge“ in jeder Hinsicht hofiert und gebauchpinselt werden und Linksgrünbunt der erklärte Lebensstil ist. Und dafür setzen sie sich ein, die Herrschaften Ochs und Freudenthaler, Huthmacher und Klenk, Quincke und Mann! Die Vernunftbürger wählen am 26. Mai 2019 die AfD und bereiten diesem Irrsinn und ihren Verursachern ein Ende – denn auch in Pforzheim lässt es sich richtig schön leben, allerdings besser ohne Multikulti-Linksversifft!

Kontakt:

Email: maria.ochs@kulturhaus-osterfeld.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)



Claudia Roth und Wolfgang Kubicki zu Umgangsformen im Parlament

Die eine ist nun mal so, wie sie ist, und der andere merkt nichts mehr. Beiden gemeinsam ist, dass sie „radikalere Umgangsformen im Bundestag seit dem Einzug der AfD ins Parlament“ beklagen. Die Rede ist von Claudia Roth und Wolfgang Kubicki.

Die radikaleren Umgangsformen gibt es durchaus. So wurden Regularien im Bundestag so geändert oder umgedeutet, dass sie der AfD Schaden zufügen können. Die Wahl zum Alterspräsidenten wurde so geändert, dass nicht mehr der älteste gewählte Abgeordnete das Amt wahrnimmt und die erste Sitzung leitet (also der damals 77 Jahre alte AfD-Politiker Wilhelm von Gottberg), sondern der dienstälteste Abgeordnete. Das war dann Kubickis Parteifreund Otto Solms.

Oder die Regel, dass alle Parteien, auch die Opposition, einen Bundestagsvizepräsidenten stellen, wurde einfach über Bord geworfen. Grund: Der AfD-Kandidat Albrecht Glaser hatte es gewagt, faschistoide Tendenzen des Islam laut auszusprechen. Damit wurde er für die Freunde der faschistoiden Tendenzen zur persona non grata. Die nächste Kandidatin, Mariana Harder-Kühnel, bekam das Amt selbstredend auch nicht, denn sie gehört

ja auch der AfD an.

Das Dreckschleudern nach der Wahl begann übrigens die jetzige SPD-Vorsitzende Andrea Nahles, die mit burschikosem Ton tönte, „jetzt gebe es in die Fresse“. Und Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth ließ es sich schon vorher nicht nehmen, hinter einem Transparent herzumarschieren, das die Aufschrift trug: „Deutschland, du mieses Stück Scheiße!“ Soweit bekannt hat Claudia Roth sich von diesem Slogan und denen, die ihn vor ihr hertrugen, nie distanziert. Sie wusste, was sie tat und sie tat es mit voller Überzeugung.

Ihr zotteliger Parteifreund, Anton Hofreiter, der immer rot anläuft (nicht weil er sich schämen würde, wie er sollte), sondern weil er die Wahrheit nicht ertragen kann, brüllt und schreit regelmäßig dazwischen, wenn AfD-Abgeordnete im Hohen Hause sprechen.

Dazu hat auch Kubicki noch was bei der AfD bemerkt. Achtung: „Ein Drittel der AfD-Fraktion, das überwiegend in den hinteren Reihen sitzt und vorwiegend aus ostdeutschen Bundesländern kommt, ist nicht nur verbal aggressiv“, sagte der FDP-Politiker. Einmal habe es sogar „kurz vor einer kleinen Keilerei“ gestanden, weil Zwischenrufe von AfD-Abgeordneten unerträglich gewesen seien.

Also fingen AfD-Abgeordnete fast eine Keilerei an, weil „Zwischenrufe von AfD-Abgeordneten unerträglich gewesen“ sind? Oder wie soll man das verstehen? Nun gut, Kubicki kann man die müde gewordenen Augen und Ohren und die nachlassende Logik nachsehen, siehe oben. Immerhin schafft er es dann aber trotzdem noch zu etwas mehr Differenziertheit als seine rote Matrone, die mit ihm „klagt“: Er gesteht AfD-Abgeordneten zu, dass sie zurückgegrüßt werden dürfen und dass man ihnen sogar die Hand geben darf. Denn im Kampf gegen Rechts sei „nicht alles erlaubt“. Sehr großzügig, Herr Kubicki. Und jetzt aber, husch husch, schnell zurück zur Kollegin Roth; Ihrem Alter Ego bei den guten Benimm-Regeln.



Private deutsche Seenotrettung im Mittelmeer auf Krawall-Kurs

Von JUPITER | Die selbsternannten privaten Seenotretter vom deutschen 39-Meter-Schiff „Professor Albrecht Penck“ sind im Mittelmeer offenbar auf Krawall-Kurs und provozierten dort eine konflikträchtige Situation. Sie missachteten die Befehle und Anweisungen libyscher und deutscher Seenot-Stellen, 17 aufgenommene Personen der zuständigen libyschen Küstenwache zu überstellen, wobei sie humanitäre Gründe vorschützten. Damit dürfte die Bundesrepublik bewusst in einen Interessenskonflikt getrieben werden, denn die „Penck“ fährt unter deutscher Flagge, und die Bundesregierung hatte erst kürzlich „sichere Orte“ in Libyen ausgemacht. .

Die Crew des für die Regensburger Organisation „Sea-Eye“ als einzige unter deutscher Flagge fahrenden Schiffes handelt offenbar nach eigenem Gesetz. Wie die WELT und die ZEIT berichten, verweigerte sie den Befehl der zuständigen libyschen Seenotleitstelle, 17 vor der libyschen Küste aufgenommene Personen an die libysche Küstenwache zu übergeben. Auch der Empfehlung der professionellen und vom Bund für die Seenotrettung an Ost- und Nordsee beauftragten deutschen Seenotleitstelle der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) in Bremen, dieser Aufforderung

Folge zu leisten, wurde nicht entsprochen.

Die doppelte Missachtung der Anweisungen der zuständigen Küstenwache als auch der von der „Penck“ angefragten deutschen Seenotleitung ist umso widersprüchlicher, als dass das gesichtete Schleuserboot „Penck“-Angaben zufolge überladen gewesen sei, ohne Proviant, und sich etwa 27 Seemeilen von der Küste entfernt befunden habe. „Die Menschen konnten aus eigener Kraft nirgends mehr hingelangen, kein anderes Schiff war in der Nähe“, erklärte ein Sprecher der Sea-Eye laut ZEIT-Online.

Lageverschärfend kommt hinzu, dass sich an Bord der „Penck“ neben der Crew 16 Männer und eine Frau befinden sollen, darunter zwei Personen mit „auffällig reduziertem Bewusstseinszustand“. Man habe sie an Bord genommen, nachdem es auf dem instabilen Holzboot zunehmende Unruhe unter den Menschen gegeben habe, schreibt die NGO. Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger bestätigte, dass für die Koordinierung vor Ort immer die Seenotleitung zuständig sei, in deren Seegebiet sich ein Schiff befinde. Trotz dieser angeblich hohen Gefahrenlage steuerte die „Penck“ jedoch nicht unverzüglich das relativ nahe Tripolis an, um die Menschen an einen sicheren Ort in Libyen zu bringen, sondern muss sich nun außerhalb des 90-Seemeilen-Bereichs einen anderen Hafen suchen.

Wie selbstherrlich die NGO-Besatzung der „Penck“ reagierte, lässt sich aus dem Account von Claus-Peter Reisch entnehmen, dem Kapitän der auf Malta festliegenden Lifeline, der offensichtlich genügend Zeit und Muße hat, umfangreich auf Twitter zu korrespondieren. „Ich bin kein Rechtsgelehrter, aber ich halte die Anweisung aus Bremen angesichts der Menschenrechtssituation in Libyen für völkerrechtswidrig“, zitierte Reisch den Chef der Rettungsaktion, Jan Ribbeck.

Offenbar hat Reisch neben seinen Aufgaben als Schiffsführer der Lifeline und selbsternannter Seenotretter noch jede Menge

Zeit, ausladend weitere Twittermeldungen abzusetzen. So geht er am 28. Dezember auf einen Fakebericht des als Lügenbold enttarnten Spiegel-Reporters Claas Relotius ein. Der Text über ihn, Reisch, lese sich „wie eine literarische Geschichte, die so nicht stattgefunden hat, aufgepeppt mit ein paar Fakten, die auch noch falsch sind“. Offenbar merkt der Lifeline-Kapitän nicht, dass er sich in guter Gesellschaft befindet.

Die Nichtregierungsorganisation Sea-Eye lässt unterdessen nichts unversucht, sich Hilfe von der Bundesregierung zu holen. ZEIT-Online zufolge hat man sich an das Auswärtige Amt gewandt und um Unterstützung gebeten. Das Auswärtige Amt bestätigte, Kenntnis von dem Fall zu haben, äußerte sich darüber hinaus aber nicht dazu. Das dürfte nicht verwundern, denn die „Penck“, ein ehemaliges Forschungsschiff, war Ende November aus Rostock unter deutscher Flagge Richtung Mittelmeer ausgelaufen. Die deutsche Einflagung dürfte vor allem das Ziel haben, Hilfe und Vorteile des Flaggenstaates in Konfliktsituationen zu erhalten. Von daher ist die Annahme naheliegend, dass letztlich Deutschland als Aufnahmeland der im Mittelmeer geschleusten Personen erhalten wird, wenn sich nicht andere EU-Staaten zur Aufnahme bereiterklären. Wenn dies Schule machen sollte, wären Bemühungen von EU-Staaten weitgehend konterkariert, das Schleusergeschäftsmodell im Mittelmeer auszutrocknen.

Wie üblich in der medialen Berichterstattung über selbsternannte Seenotrettung wird meistens ausschließlich auf die aktuelle Zahl der ertrunkenen und vermissten Personen auf dem Mittelmeer abgestellt, um den nötigen Druck zu erzeugen. Vergleichszahlen zu den Vorjahren werden vom wertorientierten Haltungsjournalismus weitgehend relotiusiert, spricht: in der Regel weggelassen, wenn sie der Sache nicht dienlich sind. Hilfreich ist hier der UNO-Bericht vom 21.12.2018, der zweifelsfrei eine Abnahme der Zahl der geschleusten Personen sowie eine Abnahme der Toten im Mittelmeer feststellt. Den Rückgang erklärt die UNO u.a. mit der Sperrung italienischer

Häfen für private Seenotrettungsschiffe.

So ertranken in diesem Jahr 2.241 Personen, die sich in die Hände von kriminellen Schleusern begeben hatte, in 2017 waren es noch 3.136 und 2016 waren es 5.143 Menschen. Der Pullfaktor private Seenotrettung mit dem Ziel Europa dürfte damit eindeutig bewiesen sein.



„Schreiberling“ jagt „Schönschreiber“

Von PETER BARTELS | Wer kennt den „Magister Siebenhaar“?? Bitte nicht verwechseln mit dem Prinz aus dem Märchen „Siebenschön“. Hier geht’s nur um einen Schreiber vom „Handelsblatt“. Der wettet gegen den „Schönschreiber“ vom „Spiegel“. Er fordert: Die Schönschreiberei muß aufhören! Dann klappt’s auch wieder gegen die Orbans ...

„Magister Schreiberling“ Hans-Peter Siebenhaar (56) schreibt auch gleich richtig los: „Das Schönschreiben ist als Schulfach längst gestorben. Im digitalen Zeitalter mit Handys und Tablets ist das einstige Unterrichtsfach schlichtweg überflüssig geworden.“

Gut, es ist etwa 50 Jahre her, dass der Herr Magister in der Klippschule das Alphabet kritzeln lernte. Und ’68 genoss er vielleicht sogar schon in Forchheim einen Lehrer vom GRÜNEN

Pflasterstrand, dem es wurscht war, ob er das Gekrakel der ABC-Schützen entziffern konnte, weil die Roten Danys sich eh lieber den Hosenlatz streicheln ließen... Die mit dem gnadenlosen Fluch der früheren Geburt dagegen, mussten noch „schön“ schreiben lernen. Weil der aus dem Krieg heimgekehrte Lehrer der Zwergschule nun mal partout wissen wollte, ob sie das Alphabet kapiert hatten. Was spätestens in der Quinta beim Aufsatz hilfreich war, weil der Herr Studienrat dem Schüler die Note nicht wegen „unleserlich“ auf eine „3“ kappen konnte, sondern nur wegen mangelhafter „Linientreue“. Was der Feierabend-Sozi im Gemeinderat damals natürlich nie zugegeben hätte... Es gab zwar in deutschen Landen hier und da im Zeugnis noch das Fach „Schrift“. Aber das meinte stets die „schöne“, lesbare Schrift. Nie (!!) die „schön“ geschriebenen Aufsätze, die hier und da zur Story in einer Zeitung mutierten ...

Insofern muss der Herr Magister Siebenhaar wohl in irgendeine Waldorfschule gegangen sein oder so. Darum hat er vielleicht auch nach dem Abi gleich Theater-Wissenschaft, Politik und Soziologie studiert. Wie er dann zu den Nürnberger Nachrichten, zum Bayerischen Rundfunk kam, verschweigt Wikipedias linkelnde Höflichkeit. Jedenfalls volontierte der Herr Siebenhaar nach dem „Magister“ beim „Fränkischen Tag“ in Bamberg. Danach war er Redakteur beim schon damals linksverdrehten Evangelischen Pressedienst (epd). Nach der Promotion (Medien, Politik) die nächste Polit-Nordung: Stipendiat bei der EU in Luxemburg. Irgendwann endlich „Medienexperte“ beim „Handelsblatt“, schließlich Korrespondent in Wien. Hierdasselbst alsbald im „Vorstand des Verbandes der Auslandspresse“, noch alsbald Präsident. Und da man als Korrespondent mehr Zeit als Geschichten hat, die jemand lesen will, schreibt man Reisebücher -Korfu, Rhodos, Peloponnes. Oder „Österreich – die zerrissene Republik, wie ungehemmter Populismus die politisch-sachliche Atmosphäre vergiftet hat“.

Womit der einfache PI-NEWS-Leser da ist, wo das Herz des Herrn Magisters schlägt: Am Deutschen Wesen muss auch Österreich

genesen. Braunau und „Anschluss“ war gestern, heute ist Merkel, Maas und Göhring GRÜN. Und so lügelt der Herr Magister Siebenhaar typisch drauflos: „Im Journalismus lebt das Schönschreiben hingegen weiter. Geschichten, die zu schön sind, um wahr zu sein, werden mit Preisen überhäuft“. Überschrift im ihn nachdruckenden Onlinebranchendienst MEEDIA: „Gefährliche Gefallsucht der Medien: Macht endlich Schluss mit dem Kult um die Schönschreiberei!“

VOLLE PULLE: „Claas Relotius, der gefallene Star-Reporter des Spiegel, hat das Schönschreiben in Deutschland beherrscht wie kaum ein Zweiter. Er hat Preise gesammelt wie andere Briefmarken. Ohne den Spürsinn und die Dickköpfigkeit seines Kollegen Juan Moreno wäre die Schönschreiberei sicher noch weiter gegangen – zum Schaden des Journalismus in Deutschland und darüber hinaus.“

AFTERBURNER: „In der Dimension erinnert der Fall an den Skandal der Hitler-Tagebücher im stern, welche damals für die sagenhafte Summe von mehr als neun Millionen Mark erworben wurden. Sie leiteten das Ende des Scheckbuch-Journalismus ein. Exklusive Nachrichten für einen Haufen Geld zu kaufen, war damit Geschichte“.

Und der Herr Magister barmt: „Wird der Fall Relotius auch das Ende der Schönschreiberei einleiten? Bevor das Nachrichtenmagazin („Spiegel“), bei dem Gruner + Jahr Gesellschafter ist, den 33-jährigen Schönschreiber exklusiv unter Vertrag genommen hatte, veröffentlichte Relotius manipulierte Geschichten und Interviews auch in der Süddeutschen Zeitung ...“ Und seufzt: „Mit seinen offenbar ersehnten Wahrheiten kam Relotius beim Spiegel durch. Das kann nur gelingen, wenn eine ungestillte Gefallsucht nach schönen Geschichten den gesunden Menschenverstand in der Chefetage ersetzt“.

Immerhin? Die „Gefallsüchtigen“ Ullrich Fichtner, der den „Spiegelbaron“ entdeckte, ins Haus holte und des „Barons“

direkter Chef und Redigierer, Matthias Geyer, lassen erstmal ihre gutdotierten Pöstchen ruhen, lässt der neue „Spiegelchef“ Steffen Klusmann verlauten ...

Natürlich weiß der Herr Magister, dass er hier bloß zeigt, wie es der Herr Spiegelbaron hätte machen müssen, nämlich so, wie er himself es hier vormacht: Subkutan indoktrinieren: „Umstrittener Trump“ (in Wahrheit nur bei der Clinton-Kamarilla und der deutschen Journaille) ... „ausländerfeindliches Chemnitz“ (in Wahrheit nur bei Merkel, ihrem ZDF-Frühstücksei Seibert und ihrer Medien-Meute) ... Auf keinen Fall sich beim Lügen bis Lügeln erwischen lassen. Aber das schreibt der Herr Magister natürlich nicht. Dafür hat er anderes im Nähkörbchen:

„Der journalistische Fälscher Relotius beherrschte das Spiel des Helikopter-Journalismus: einfach irgendwo journalistisch abspringen und in einigen Tagen eine „schöne Geschichte“ komponieren ... „Qualitätsjournalismus“ hingegen baut auf „exzellente Netzwerke“ im Ausland auf, um „tiefgehende umfassende Erkenntnisse“ zu erlangen, die ein global reisender Reporter mit seinem Hoppla-Hopp-Journalismus nicht liefern kann ...“

Hier begründet der Herr Magister seinem Chefredakteur gleich zweifach gravitatisch, warum er so wenig „liefert“: Denn ... „Qualitätsjournalismus“ braucht „umfassende Erkenntnisse“ ... Jau, eben darum schreiben Tages-, Wochenzeitungen und Magazine ja auch immer erst nach der dritten Instanz, noch lieber nach der „Menschenrechts-Kommission“ in Straßburg, also nach zwei bis drei Jahren, dass wiederum ein arabisch-afrikanischer Merkel-Gast vergewaltigt, gemessert hat ...

Außerdem: Keine Stadt ist bei Sonne und Schnee so schön wie Wien ... Nirgendwo ist der „Heurige“ so süffig wie in Grinzing, das „Scherzel“ so zart wie im „Plachutta“, die Sachertorte süßer als im „Sacher“. In der Donaumetropole konnte beim „Einspänner“ sogar schon Georg Kreisler Texte grübeln, bevor

er beim Goldenen Johann Strauss Tauben vergiften ging im Park

...

Schließlich erteilt sich der Herr Magister die immerwährende General-Absolution für alle künftig zwangsläufig ausbleibenden Storys: „Die manipulierten („Spiegel“-) Geschichten und Interviews schaden deutschen Reportern und Korrespondenten weltweit ... Bistlang war gerade die Ehrlichkeit und Korrektheit eine unbestrittene Stärke des deutschsprachigen Journalismus. Davon haben die Reporter und Korrespondenten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz profitiert. Dieses über Jahrzehnte erworbene Ansehen von Qualitätsmedien ist durch Claas Relotius nachhaltig beschädigt worden“ ...

Dann urbi et orbi die Heiligsprechung aller „Goldenen Fake-Federn“ als Crescendo Inferno: „Der Betrugsfall schadet deutschsprachigen Journalisten im Ausland und der Pressefreiheit weltweit. Deutsche Korrespondenten könnten angesichts der beschädigten Glaubwürdigkeit (durch den „Spiegelbaron“ Relotius) noch schneller Ziel von Angriffen auf die Pressefreiheit werden ... “Fake Stories” und “Fake Interviews” des Spiegel sind quasi Beleg für krude Verschwörungstheorien. Damit wird ein weiterer Grund für weniger Medienfreiheit geliefert ...

Wenn's nicht so peinlich durchsichtig wäre, könnte man sich über das Wiener Kaffeehaus-Kerlchen ein Schmunzeln abquälen. Leider lügt er sich seine Widdewitt-Welt schamlos weiter zusammen:

„Das EU-Land Ungarn ist ein Musterbeispiel, wie die einheimischen Medien gnadenlos auf eine regierungstreue Linie gebracht werden. Und die ausländischen Journalisten? Falls notwendig, werden (sie) von einer regierungsnahen Zeitung an den Pranger gestellt. Der allmächtige Viktor Orbán erhöht damit den Druck auf unabhängige Kritiker. Aus gutem Grund: der Wunsch nach Medienfreiheit gehört zu den Hauptforderungen der Ungarn, die zu Tausenden in der Weihnachtszeit auf die Straßen

in Budapest gingen.“

Jawoll, Genosse Schreiberling! Darum haben Millionen Ungarn bei der letzten Wahl den allmächtigen Orban und seine Fidesz-Partei mit 49,26 % gewählt (plus 4,41%) und noch mächtiger gemacht, die ROTEN SOZEN mit 11,91 (minus 13,6%) noch schwächer. Die Magyaren haben die Roten und Grünen da hingeschickt, wo sie auch in Deutschland längst hingehören – in die Puszta. Oder den Märchenwald des „Spiegelbarons“.

Der Herr Magister sollte bei Bertolt Brecht nachschlagen: Er und die Seinen brauchen ein neues Volk. Dann klappt's auch wieder mit Amerika, Russland, Australien, England, Italien, Polen oder Tschechien. Und Orban in Ungarn ...



Ex-BILD-Chef
Peter
Bartels.

PI-NEWS-Autor Peter Bartels war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch „Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“, beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine Facebook-Seite!



Abgeschobener Rädelsführer der Ellwanger Flüchtlingskrawalle wieder da

Von EUGEN PRINZ | Es war eine der größten Demütigungen der deutschen Polizei seit Beginn der Asylkrise. In der Nacht zum 30. April wollten Beamte in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) für Asylbewerber in Ellwangen die Abschiebung eines 23-jährigen Togolesen durchführen (PI News berichtete). Beim Abtransport des Schwarzafrikaners wurden die Polizisten plötzlich von einer großen Anzahl Asylbewerber eingekesselt und die drei Dienstfahrzeuge mit heftigen Schlägen und Tritten beschädigt. Die Beamten sahen keine andere Möglichkeit, als den mit Handschellen gefesselten 23-jährigen Togolesen an den inzwischen auf 200 Personen angewachsenen Mob zu übergeben und sich in der LEA – Wache zu verbarrikadieren. Aufgrund eines Ultimatums mussten die Polizisten den Asylbewerbern dann sogar noch die Schlüssel für die Handschellen aushändigen.

Großrazzia als Reaktion

Um wenigstens einen Rest von Respekt und Glaubwürdigkeit zu bewahren, führte die Polizei einige Tage später mit einem massiven Kräfteinsatz eine Großrazzia in der Landeserstaufnahmestelle durch. Acht Afrikaner wurden vorübergehend festgenommen. Darunter war auch einer der

Rädelsführer der Ausschreitungen, Alassa Mfouapon aus Kamerun. Die Behörden schafften es tatsächlich, ihn im Juni 2018 nach Italien abzuschieben. Aber nicht für lange.

Deutsche Logik: Klappt eine Abschiebung, muss sie rückgängig gemacht werden

Gutmenschen, über deren Geisteszustand jetzt nicht weiter nachgedacht werden soll, gründeten für Mfouapon in Stuttgart eine Initiative, den sogenannten „Ellwangen Appell“ und starteten auf change.org den Aufruf, den Schwarzafrikaner sofort nach Deutschland zurück zu holen. Dabei drückte der „Freundeskreis“ kräftig auf die Tränendrüse: Mfouapon wurde als religiös verfolgter, schwer traumatisierter Flüchtling mit missbrauchter Ehefrau und ertrunkenem Kind beschrieben, der in Libyen in einem Lager misshandelt worden sei.

Nach dieser Story wurde der Aufruf von 13.000 weiteren realitätsfernen Gutmenschen unterschrieben. Und Deutschland wäre nicht Deutschland, wenn so eine Rückholaktion nicht von Erfolg gekrönt wäre. Bereits seit dem 21. Dezember ist Alassa Mfouapon nun wieder im gelobten Land und hat in Stuttgart erneut einen Asylantrag gestellt. Laut Auskunft des dortigen Regierungspräsidiums ist dies nach geltender Rechtslage möglich.

Erste Maßnahme nach Rückkehr: Das Land Baden-Württemberg verklagen

Inzwischen ist der Schwarzafrikaner nach Karlsruhe verlegt worden, wo er „den Ausgang seines Asylverfahrens abwartet“. Damit es zwischenzeitlich nicht langweilig wird, will er mit Hilfe seines Rechtsanwalts juristisch gegen den „brutalen Polizeieinsatz im Mai 2018“ vorgehen. Spenden in Höhe von bisher 2000 Euro stehen dafür auch schon zur Verfügung. Seine 200 Unterstützer, die mit ihm eine große Willkommensparty gefeiert haben, weiß Mfouapon ebenfalls hinter sich. Ein Land, das solche Bürger hat, braucht keine Feinde von außen mehr...

Die eingesetzten Polizeibeamten werden sich nun zur Rechtfertigung vorkommen, wie die allerletzten Deppen. Und wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Deutschland an einer Autoimmunerkrankung leidet und zu einem erbärmlichen Nachtwächterstaat verkommen ist, dann liegt er jetzt vor.



Einbruchsfachkraft lässt sich weder durch Sirenen noch Filmaufnahmen stören

In der Nacht auf den 25. Dezember wird die „Stille Nacht“ in Wuppertal durch lautes Sirenengeheul gestört. Eine Anwohnerin, gegenüber einer Netto-Filiale, filmt die Ursache der Ruhestörung. Auf den Bildern ist eine dunkelhäutige in Deutschland „dringend benötigte Fachkraft“ bei der Arbeit zu sehen.

Mehrere Minuten lang tritt und schlägt der Mann auf die Eingangstür des Supermarktes ein. Die will aber nicht gleich nachgeben. Nachdem er sich dann mehrmals mit ganzem Gewicht gegen die Schiebetür geworfen hatte, gelang es ihm endlich durchzudringen.

Kurz darauf will er mit einem offenbar mit Diebesgut gefüllten Sack wieder nach draußen, nun beginnt der Kampf gegen die Tür in die andere Richtung. Schließlich schafft er es, nur der

Sack ist immer noch drinnen. Auch zerren und ziehen hilft nicht – er kommt nicht mehr an seine Beute.

Die Sirenen heulen nun schon seit Minuten, die filmende Anwohnerin forderte ihn sogar auf, doch in die Kamera zu schauen. Langsam scheint es dem Dummkopf zu dämmern, dass er nicht unbemerkt geblieben war und er flüchtet – ohne Beute.

Die Polizei geht allein ob der ungeschickte Tatausführung davon aus, dass es sich um einen Gelegenheitsdieb handelt. Nun wird gefahndet – dank aufmerksamer Bürger und sozialer Netzwerke gibt es ja diesmal rechtzeitig Fahndungsbilder. (lsg)



Kandel: 1000 Lichter der Erinnerung für Opfer von Multikulti

Von PI-NEWS-KARLSRUHE-NORDBADEN | Am 27. Dezember erlosch ein kleines Licht nach viel zu kurzer Lebenszeit. An jenem Tag ermordete der afghanische „Flüchtling“ Abdul Dawodzai die gerade mal 15 Jahre alte Mia Valentin am helllichten Tag in einem Drogeriemarkt im pfälzischen Kandel bei Karlsruhe. Die etwas mehr als 9000 Einwohner zählende Gemeinde wurde im Handumdrehen zur süddeutschen Hauptstadt des patriotischen Widerstandes und auch in 2019 wird sich die Bewegung fortsetzen.

Mit einer stimmungsvollen und mitreißenden Gedenkfeier wurde am Donnerstabend des einjährigen Todestages Mias gedacht. Jede einzelne Kerze vor dem dm-Drogeriemarkt in der Lauterburgerstraße sollte ein Stück Erinnerung an die Ermordete darstellen. Um zirka 17 Uhr setzte die Dunkelheit ein, als besinnliche, bisweilen fast schon traurige Klaviermusik erklang. Keine Antifa-Chaoten, keine linken Gutmenschen, keine aufgebrachten Moslems, die diesen andächtigen Moment jetzt noch zu stören vermochten.

Es waren Augenblicke des Erinnerns und des Nicht-Vergessens, wie Initiator Marco Kurz vom „Frauenbündnis Kandel“ verkündete. Mit den Worten „bereits nach einer Woche hätte sich niemand mehr an Mias Tod erinnern sollen“, wandte sich Kurz an die rund 400 Zuhörer und bat alle Anwesenden einen großen Kerzenkreis zu bilden, was umgehend auch geschah. Multikulti tötet und Mias gewaltsames Ableben durfte auch ein Jahr später nicht vergessen werden.

Dass „Vielfalt jegliche Homogenität zerstört“ und dass ein „buntes Europa für lange Zeit kein Platz des Friedens und der

Nächstenliebe“ sein würde, bemerkte der Thüringer Theologe Lothar Mack bereits am Beginn der Veranstaltung, und bildete damit ein Gegengewicht zu den verlogenen Smileys und dem nicht minder heuchlerischen Slogan „Wir sind Kandel: Vielfältig, tolerant, offen“, der seit dem Frühsommer diesen Jahres auf zahlreichen Plakaten und Bannern zu lesen ist.



Eine Stadt stellt sich hinter den Mörder, aber nicht hinter das Opfer. Selbst als Mias Vater öffentlich bekannte, Abdul hätte seine „Tochter gestalkt und bedroht“ riss der Enthusiasmus für den multikulturellen Mörderschutz nicht ab. Bereits nach wenigen Monaten regierten sehr viele Kandler nur noch gereizt und genervt, wenn man sie auf die schreckliche Bluttat ansprach. Hingegen übertrafen sich die örtlichen Gutmenschen ein ums andere Mal selbst, wenn es gegen Kurz und sein Frauenbündnis zu Felde ging: Von einer „Putzaktion gegen den brauen Dreck“, bei der der Marktplatz mit Besen und Schrubber von den Spuren der Patrioten gereinigt wurde bis hin zu den bunten Pappkameraden an der Eingangstür des Rathauses war der verschrobene Gutmenschen-Fantasie keine Grenzen gesetzt.



Hingegen blieben die Momente der Trauerfeier am Donnerstag emotional und unerreicht. Echtheit und Anteilnahmen gegen die verlogene Fassade des linken Buntblöd-Deutschland, in der es nicht um Liebe und Völkerverständigung, sondern den Hass auf das eigene Volk und den Kampf gegen dasselbe geht. Multikulti ist eine Waffe, die am 27. Dezember 2017, als Mia brutal ermordet wurde, erneut eine tödliche war.



Öffentlich-rechtliche Gier: Mehr Geld für mehr Propaganda

Von RAMIN PEYMANI* | Wenn jemand ein sicheres Gespür für unangemessene Forderungen zur Unzeit hat, dann sind es die Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Treffsicher wie eh und je, facht die aktuelle Kampagne der Chefs von ARD und ZDF die abklingende Empörung rund um den Fall Relotius neu an.

Hatte der „Spiegel“ unter dem Druck der bevorstehenden Veröffentlichung ausländischer Medien gerade erst spektakulär einräumen müssen, dass zahlreiche Artikel seines Vorzeige-

Journalisten getürkt waren, treten nunmehr die vielfach der manipulativen Berichterstattung überführten Staatssender mit ihrer Forderung auf den Plan, den Rundfunkbeitrag demnächst kräftig zu erhöhen. Am liebsten wollen sie ihn gleich an die künftige Inflationsentwicklung koppeln.

Das würden sich auch viele Beschäftigte mittelständischer Betriebe für ihre Lohn- und Gehaltszahlungen wünschen, die mit ihrer Arbeit die Lasten des Landes schultern, aber keinen jährlichen Inflationsausgleich beanspruchen können. Den Zwangsbeglückern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks scheint jedes Maß verloren gegangen zu sein. Und irgendwie auch jegliches Gefühl für Anstand.

Tatsächlich begründen sie ihren Vorstoß mit der intelligenzbeleidigenden Behauptung, ohne eine Erhöhung sei „das Qualitätsniveau auf keinen Fall zu halten“. Als Zuschauer und Zuhörer von ARD, ZDF und Deutschlandradio fühlt man sich angesichts des aktuellen Beitragsaufkommens von 9 Milliarden Euro nicht nur ausgenommen, wie die gerade erst verdaute Weihnachtsgans, sondern auch mächtig auf den Arm genommen, um es mal freundlich auszudrücken.

Der Beitrag wird ab 2021 Jahr für Jahr steigen

Wenn noch mehr Geld also das derzeitige Niveau der Berichterstattung sichern soll, dann kann man wahrlich nur für eine kräftige Beitragssenkung plädieren, die im Umkehrschluss segensreich für die Arbeit des staatlichen Rundfunks sein müsste. Dies nicht zuletzt, weil ein geringeres Beitragsvolumen die Verantwortlichen endlich zum Haushalten zwingen würde.

Keine Millionengräber mehr durch öffentlich-rechtliche Schaufensterprojekte, kein weiterer Wildwuchs an Sendern, keine fortgesetzte Verschwendung des Jahresbudgets für aberwitzig überbezahlte Sportevents oder schwindelerregende Künstlergagen. Und auch die Dotierung der Führungsgehälter

käme dann vielleicht einmal auf den Prüfstand.

Last but not least, wären die Mittel zur Finanzierung öffentlich-rechtlicher Belehrungsfilme deutlich knapper, was dem Niveau des Programms ebenfalls zugutekäme. Für die Rundfunkmacher wäre es aber wohl kaum auszuhalten, wenn ein Tatort tatsächlich einfach nur ein Krimi wäre, in dem die Bösen auch mal Ausländer sein könnten und Täter nicht grundsätzlich aus dem rechten Milieu kommen müssten.

Ebenso schrecklich wäre wohl die Vorstellung, auch andere als die für ihre Regierungstreue mit lebenslanger öffentlich-rechtlicher Bildschirmpräsenz belohnten Schauspieler aufzubieten. Aber lassen wir das Träumen. Es ist schon beinahe vermessen zu hoffen, dass der Rundfunkbeitrag in Zukunft nicht davon galoppiert. Er wird ab 2021 Jahr für Jahr steigen. Dafür werden die von den Journalisten abhängigen Berufspolitiker sorgen, die längst auch ihre Diäten mit einer Inflationsdynamik versehen haben.

Pensionskasse der ARD beim jüngsten Stresstest durchgefallen ist

Während ZDF-Intendant Thomas Bellut in der Rolle des „Good Cop“ beschwichtigt, die Erhöhung werde „bedarfsgerecht und verantwortungsbewusst“ ausfallen, und sein ARD-Kollege Ulrich Wilhelm als „Bad Cop“ mit einer Verfassungsklage droht, um ans Geld der Beitragszahler zu kommen, springt ihnen bereits die Politik bei. Als Vorsitzende des ZDF-Verwaltungsrates hält die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Dreyer eine „moderate Beitragsanpassung“ für geboten.

Wenig überraschend, streichelt die Berufspolitik ihre Hofberichterstatter, den Preis dafür bezahlen die Bürger. Dabei gibt Bellut zu, dass das vor Jahren versprochene Sparen immer noch nicht recht in Angriff genommen worden ist: „Wir arbeiten daran, das vereinbarte Sparprogramm umzusetzen, und haben mit der ARD konkrete Schritte der besseren

Zusammenarbeit fixiert.“

So klingt das, wenn praktisch noch nichts passiert ist und man sich in zähen Verhandlungen in einer Sackgasse befindet. Hintergrund der geforderten Beitragserhöhung dürfte übrigens sein, dass die Pensionskasse der ARD beim jüngsten Stresstest durchgefallen ist. Im Klartext: Die ARD kann die als direkte Folge des unappetitlich hohen Gehaltsniveaus ihrer Führungsriege anfallenden Pensionszahlungen bald nicht mehr aufbringen.

Die Beitragszahler werden zur Kasse gebeten, um nicht etwa das Programmniveau zu sichern, sondern das Pensionsniveau der ARD-Millionäre. Man braucht den Rundfunkbeitrag gar nicht grundsätzlich abzulehnen, um festzustellen, dass die teuflische Allianz aus Politik und Medien einmal mehr erlebbar wird.

**Dieser Text erschien zuerst auf Ramin Peymanis Blog „Liberale Werte“. Sein aktuelles Buch Hexenjagd – Der mündige Bürger als Feindbild von Politik und Medien ist jetzt im Handel erhältlich.*



Aufwachen, CDU-Wähler! Das Dokument des Verrats

Die Wandlung der CDU von einer ehemals konservativen zu einer deutschfeindlichen Multi-Kulti-Partei kann konkret an einem Strategiepapier aus dem Jahre 2014 festgemacht werden. Ein Dokument, die ethnische Wahl und die CDU (*mehr Videos des österreichischen IB-Aktivisten gibt es auf martin-sellner.at. Sein Buch „Identitär – Geschichte eines Aufbruchs“ kann beim Antaios-Verlag bestellt werden*).



Video: „Best of“ Martin Reichardt im Deutschen Bundestag 2018

Gut ein Jahr nach der Bundestagswahl ist Martin Reichardt, stellvertretender familienpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, einer der profiliertesten Sozial- und Familienpolitiker der Alternative für Deutschland. In einer Vielzahl von Bundestagsreden hat Reichardt im zurückliegenden Jahr die Grünen, die Linkspartei, SPD und die Jusos aufs Korn genommen.

Die Zusammenstellung von Redebeiträgen vermittelt die

thematische Treffsicherheit Reichardts im parlamentarischen Kampf für wirkliche soziale Gerechtigkeit und für eine Familienpolitik, die diesen Namen verdient.

Dazu gehörte auch das Brandmarken des ideologischen Wahns etwa einer Amadeu-Antonio-Stiftung, die unsere Kitas zum Instrument der Eltern-Ausschnüffelung machen will, oder auch der Jusos, die Abtreibung bis zum 9. Schwangerschaftsmonat legalisieren wollen.

Mit seinen Debattenbeiträgen hat Martin Reichardt einen wichtigen Beitrag geleistet für das Selbstverständnis der AfD als soziale und bürgerlich-patriotische Volkspartei in Deutschland. Wir freuen uns auf weitere wichtige Akzente von Martin Reichardt im Jahr 2019.



Jörg Meuthen: „Orban wäre hochwillkommen!“

Zahlreiche Fragen an den AfD-Spitzenkandidaten zur Europawahl, Jörg Meuthen, sind über die Sozialen Medien eingegangen und werden ihm von Moderator Hans-Hermann Gockel in der vierten Folge von „Der Europa-Talk aus Straßburg“ vorgelegt. Dabei geht es sowohl um europapolitische Inhalte wie um den UN-Migrationspakt, die Zukunft des Euro, Target-Salden, oder einen Zusammenschluss patriotisch-freiheitlicher Kräfte nach

der Europawahl im Mai 2019. Aber auch Themen wie die Sicherheit der Renten, die Rolle von NGOs, die Ausrichtung der AfD und die aktuelle Lage in Frankreich werden behandelt.